

**Bürgermeister Peter Nebelo zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2012  
in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.12.2011**

**- Haushaltsrede 2012 -**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie in jedem Jahr, so wiederholt sich auch heute ein Ritual – die Einbringung des Haushalts für das kommende Jahr.

Ich möchte an dieser Stelle nicht auf die Plandaten im Detail eingehen, das ist Aufgabe unseres Kämmerers, vielmehr möchte ich mein Augenmerk auf die Rahmenbedingungen richten, auf die wir leider selten genug Einfluss nehmen können und auf Projekte bzw. Maßnahmen, die wir Ihnen verwaltungsseitig für das kommende Jahr vorschlagen und die mir besonders wichtig erscheinen.

Insgesamt gehen wir für das Haushaltsjahr 2012 davon aus, dass wir mit einem Defizit von rd. 3,4 Mio. Euro abschließen werden. Damit erreichen wir den Haushaltsausgleich erneut nur durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage. Zugleich habe ich aber auch eine erfreuliche Mitteilung.

Die aktuelle Entwicklung im Haushalt 2011 lässt erwarten, dass die bei der Verabschiedung des Haushalts befürchtete Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in einer Größenordnung von etwa 8 Mio. Euro nicht erfolgen muss. Im Gegenteil, wir werden mit einem satten Plus das laufende Haushaltsjahr abschließen können. Ich möchte hier nicht die Details, die dazu geführt haben, aufzählen. Nur so viel: Allein bei der Gewerbesteuer konnten wir eine Mehreinnahme von Netto rd. 5 Mio. Euro erzielen. Das ist natürlich eine mehr als positive Nachricht.

Diese Entwicklung bestärkt mich aber auch in meiner Auffassung, dass wir Kommunen im Rahmen unserer Finanzplanungen endlich in die Lage versetzt werden müssen, eine verlässliche Finanzplanung vornehmen zu können. Diese Finanzplanung muss sich insbesondere an dem gegebenen Aufgabenspektrum orientieren und nicht nur nach Kassenlage entschieden werden. Sie muss uns Kommunen die Möglichkeit geben, bei durchschnittlicher Wirtschaftslage einen ausgeglichenen Haushalt zu fahren. Darüber hinaus muss auch garantiert sein, dass wir finanzielle Mittel erwirtschaften können, die nötig sind, um unsere Infrastruktur auf einem guten Niveau zu erhalten und um Investitionen, die auch für unsere nachfolgenden Generationen von Bedeutung sind, vornehmen zu können.

Es sind doch die Städte und Gemeinden, die die maßgeblichen Leistungen im infrastrukturellen Bereich, wie Wohnungsbau, Schulbau, kommunaler Straßenbau, Bau kultureller Einrichtungen, Ver- und Entsorgung erbringen und damit letztlich dafür Sorge tragen, dass in den Städten und Gemeinden das Leben lebenswert ist. Diesem Umstand muss durch eine entsprechende finanzielle Stärkung der Aufgabenträger Rechnung getragen werden.

In diesem Zusammenhang begrüße ich ausdrücklich, dass das Land Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf die dramatischen Entwicklungen bei den kommunalen Haushalten den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ins Leben gerufen hat. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass mehr als die Hälfte der Kommunen in Nordrhein-Westfalen für ihre laufenden Aufwendungen auf Liquiditätskredite zurückgreifen müssen. Fast jede 10. Kommune verfügt über kein bzw. fast kein Eigenkapital mehr.

ABER:

Das allein reicht meiner Meinung nach nicht aus, da auf diese Weise nur die Symptome behandelt werden, viel wichtiger ist es mir, dass man sich auf allen übergeordneten Ebenen der Ursachen annimmt.

Angesichts der Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten ist von einigen, oft auch selbsternannten Experten die Sorge geäußert worden, dass wir in eine Krise geraten, die weitaus schwieriger und deutlich nachhaltiger sein wird, als die des Jahres 2008. Da waren es die Immobilienfonds, die durch ihre mehr als spekulativen Geschäfte eine – glücklicherweise – nur kurze Krise ausgelöst haben. Aktuell sind es ganze Volkswirtschaften, die durch ihre anhaltende Überschuldungspolitik alle weiteren, verantwortungsbewussten Volkswirtschaften in die nächste Krise ziehen. Erste Auswirkungen sind zu spüren. EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn hat bei der Vorstellung der Herbstprognose hierzu ausgeführt, dass das Wachstum in Europa zum Stillstand gekommen ist und die Gefahr einer erneuten Rezession besteht. Wir wollen das natürlich nicht hoffen, allerdings frage ich mich, wie angesichts dieser Entwicklungen die finanzschwachen Kommunen künftig überhaupt noch finanziell überleben sollen. Im Gegenteil, die Umsetzung von Basel III wird die Kommunen in eine noch misslichere Lage bringen. Einerseits soll es das Finanzsystem krisenfester machen, andererseits wird die „Leverage Ratio“ die Kreditaufnahme für die Kommunen erschweren, da die Kredite knapper und zugleich auch teurer werden. Sie soll erst 2018 als Verbindliche Größe gelten, doch schon heute gehen viele Banken dazu über, hoch verschuldeten Kommunen kein Kredite mehr zu geben.

Meine Damen und Herren,

diese umfangreichen Problemstellungen auf EU-, Bundes-, Landes- wie auch kommunaler Ebene erfordern von allen Akteuren, bei den zu treffenden Entscheidungen zwischen Notwendigem, Wünschenswertem und finanziell Machbarem sorgfältig abzuwägen. Spätestens

jetzt sollte jedem klar geworden sein, welchen Stellenwert für uns alle eine florierende Wirtschaft hat.

Nicht nur wegen der Arbeitsplätze zur Sicherung der persönlichen Lebensgrundlagen, sondern auch als Basis für unsere sozialen Sicherungssysteme. Sie bildet nicht zuletzt auch die Grundlage für unsere Aufwendungen im kulturellen, sportlichen und sonstigen Bereich, die wir freiwillige Leistungen nennen.

Nun aber zu unserem Haushalt.

Die Tatsache, dass wir für das laufende Jahr nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen können, sondern auch einen leichten Überschuss erwirtschaften werden, zeigt, dass wir die Krise 2008 gut überstanden haben.

Dies ist in erster Linie das Ergebnis unserer seit Jahren verlässlichen Wirtschaftsförderungspolitik, die auch durch dieses Gremium immer einstimmig mitgetragen worden ist. Die Erfolgsgeschichte des Industrieparks ist der Beleg für diese Politik. Aktuell gliedern wir die Wirtschaftsförderung aus der Verwaltung aus und binden sie an die Stadtmarketinggesellschaft an. Damit verfolgen wir das Ziel, durch Synergien die Wirtschaftsförderung nicht nur weiter zu stärken, sondern auch strategisch und operativ an den sich aktuell darstellenden Erfordernissen anzupassen.

Mit der Wirtschaftsförderung haben wir zugleich auch unsere interne Organisationsuntersuchung abgeschlossen. Damit hat auch die Verwaltung ihren Sparwillen gezeigt. So haben wir über das 50-Stellen-Abbauprogramm hinaus im Rahmen der Aufgaben- und Produktkritik weitere 14 Stellen eingespart. Im Laufe der nächsten Jahre werden auf Grund dieser Organisationsuntersuchungen noch einige weitere Stellen abgebaut, dies auch unter Berücksichtigung der mit dem Personalrat abgeschlossenen Dienstvereinbarung. Stellenvermehrungen gab und

gibt es nur dort, wo diese durch neue Aufgaben oder Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen unabdingbar notwendig waren bzw. sind.

Meine Damen und Herren,

Haushaltskonsolidierung ist auch weiterhin ein Thema. Aber sie darf nicht dazu führen, dass wir nicht in die Zukunft, in Bildung, Kultur, Jugend und Familie investieren.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen kreative und zukunftsprächige Haushaltsplanberatungen.

Herzlichen Dank!